

Interpellation



Zofingen, 14. März 2016/nö

Interpellation der SP/JUSO-Fraktion: Asylzentrum Zofingen – Wie weiter?

Gestützt auf §28 der Gemeindeordnung der Stadt Zofingen reichen die Unterzeichnenden nachstehendes Begehren ein:

Am 10. Dezember 2014 bezogen die ersten Asylsuchenden die temporäre Asylunterkunft im alten Pflegezentrum auf dem Areal des Spitals Zofingen. Die Befürchtungen im Vorfeld waren teilweise massiv, wenn auch aus heutiger Sicht wohl einigermaßen überzogen. So wurde z.B. an der öffentlichen Informationsveranstaltung zur Asylunterkunft vom 18.11.2014 u.a. die Angst geäußert, die Stadt Zofingen würde innert Jahresfrist von muslimischen Asylbewerbern „zerstört“ werden – wobei der auf diese Aussage folgende Applaus den Schluss nahe legte, dass es sich dabei offenbar nicht um eine Einzelmeinung gehandelt hat. Später wurde dann auch noch vor den möglichen Gefahren eines Kindergarteneintritts von 4-5 jährigen Flüchtlingskindern gewarnt, nachdem es nicht möglich war, diese – analog zu den Primarschülerinnen und Primarschülern – auch noch in einer Spezialklasse zu unterrichten. Vor diesem Hintergrund war es naheliegend, dass auf der Website der Stadt Zofingen Kontaktangaben aufgeschaltet wurden, wo „störende Wahrnehmungen“ im Zusammenhang mit der kantonalen Asylunterkunft und ihren Bewohnern gemeldet werden konnten.

Inzwischen ist die Asylunterkunft im alten Pflegezentrum bereits rund eineinhalb Jahre in Betrieb, was gemäss dem bei der Eröffnung kommunizierten Zeitplan bedeuten würde, dass die Unterkunft wegen Eigenbedarf der Spital Zofingen AG ab spätestens Ende 2016 nicht mehr zur Verfügung stehen dürfte. Dies wiederum würde heissen, dass die Stadt Zofingen ab Zeitpunkt der Schliessung des kantonalen Asylzentrums alternativen Wohnraum für 39 Asylbewerber zur Verfügung stellen muss oder – falls dies nicht möglich ist – dem Kanton Aargau pro Person eine jährliche Ersatzabgabe von 40'015 SFr. zu entrichten hätte. Bei 39 Personen würde sich die gesamte Ersatzabgabe theoretisch auf über 1,5 Mio. SFr. belaufen; auf eine Summe also, welche einnahmeseitig einer Erhöhung der Zofinger Gemeindesteuern um rund 5 Prozentpunkte entspräche. Zudem würden unter diesen Umständen natürlich auch definitiv sämtliche Strukturen hinfällig, welche in Zofingen im Zusammenhang mit der kantonalen Asylunterkunft aufgebaut wurden (z.B. freiwillige Betreuergruppen, Spezialklassen u.ä.).

Der Stadtrat wird in diesem Zusammenhang deshalb gebeten, nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Erfahrungen mit dem kantonalen Asylzentrum in der Rückschau, nachdem er sich ja zu Beginn als „nicht begeistert“ von dessen Einrichtung bezeichnet hat?



2. Welche Reaktionen auf das Asylzentrum aus der Bevölkerung und insbesondere aus der Anwohnerschaft (z.B. in Form von Meldungen zu „störenden Wahrnehmungen“) sind dem Stadtrat bekannt? Wie beurteilt er die Schwere allenfalls gemeldeter Störungen?
3. In welchem Ausmass waren die Blaulichtorganisationen im Zusammenhang mit dem Asylzentrum und seinen Bewohnern gefordert? Welche Ursachen hatten typische Einsätze derentwegen?
4. Wie viele Plätze für Asylbewerber *ausserhalb* der kantonalen Asylunterkunft kann die Stadt Zofingen zurzeit anbieten und wie viele könnten auf deren Schliessung hin zusätzlich bereitgestellt werden? Welches Ausmass könnte demzufolge eine allfällig zu zahlende Ersatzabgabe ab diesem Zeitpunkt effektiv annehmen?
5. Wird evaluiert, ob nach dem Wegfall des alten Pflegezentrums unter Umständen *andere* Möglichkeiten bestünden, in der Stadt Zofingen weiterhin eine grössere *kantonale* Asylunterkunft zu betreiben (z.B. in anderen leerstehenden oder umnutzbaren, privaten oder stadteigenen Gebäuden), um so die aufgebauten Strukturen weiterhin erhalten zu können? Wie stünde der Stadtrat einer solchen Möglichkeit grundsätzlich gegenüber?
6. Welche möglichen Standorte kämen für eine zukünftige weitere kantonale Unterkunft allenfalls in Frage? Und welche finanziellen Vorteile brächte es der Stadt schätzungsweise, wenn der Kanton Aargau weiterhin für Unterkunft und Betreuung der Asylbewerber in Zofingen aufkommen müsste im Vergleich zu einer Situation, wo Zofingen 39 Asylsuchende auf eigene Kosten unterbringen müsste?

Zofingen, 14. März 2016
SP/JUSO-Fraktion des Einwohnerrates

Der Erstunterzeichnende:

Christian Nöthiger

Die Mitunterzeichnenden: